

**Deutschland-Mainz: Bauarbeiten**  
**OJ S 125/2023 03/07/2023**  
**Auftragsbekanntmachung**  
**Bauleistung**

**Rechtsgrundlage:**  
Richtlinie 2014/24/EU

---

## **Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

### **I.1. Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Rheingoldhalle GmbH & Co. KG  
Postanschrift: Hechtsheimer Str. 37  
Ort: Mainz  
NUTS-Code: DEB35 Mainz, Kreisfreie Stadt  
Postleitzahl: 55131  
Land: Deutschland  
Kontaktstelle(n): Rheingoldhalle GmbH & Co. KG  
E-Mail: [Rheingoldhalle@mag-mainz.de](mailto:Rheingoldhalle@mag-mainz.de)  
**Internet-Adresse(n):**  
Hauptadresse: [www.mag-mainz.de](http://www.mag-mainz.de)

### **I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y496GLY/documents>  
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y496GLY>  
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:  
Offizielle Bezeichnung: KNH Rechtsanwälte  
Postanschrift: Friedrichstr. 2-6  
Ort: Frankfurt am Main  
NUTS-Code: DE712 Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt  
Postleitzahl: 60323  
Land: Deutschland  
Kontaktstelle(n): KNH Rechtsanwälte  
E-Mail: [vongehlen@knh-frankfurt.de](mailto:vongehlen@knh-frankfurt.de)  
Telefon: +49 699055699-0  
Fax: +49 699055699-49  
**Internet-Adresse(n):**  
Hauptadresse: [www.knh-rechtsanwaelte.de](http://www.knh-rechtsanwaelte.de)

### **I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: öffentlicher Auftraggeber gem. § 99 Nr. 2 GWB

### **I.5. Haupttätigkeit(en)**

Andere Tätigkeit: Errichten, Unterhalten und Betreiben von Gebäuden und dergleichen

---

## **Abschnitt II: Gegenstand**

## **II.1. Umfang der Beschaffung**

### **II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Trockenbau/Unterdecke - Sanierung der Tiefgarage Rathaus  
Referenznummer der Bekanntmachung: TGRH 2023\_01

### **II.1.2. CPV-Code Hauptteil**

45000000 Bauarbeiten

### **II.1.3. Art des Auftrags**

Bauftrag

### **II.1.4. Kurze Beschreibung**

Sanierung Tiefgarage Rathaus Mainz: Trockenbau/Unterdecke  
Referenznummer der Bekanntmachung: RGH-2023-01-Sanierung Tiefgarage Rathaus Mainz-  
Trocknebau/Unterdecke

### **II.1.5. Geschätzter Gesamtwert**

### **II.1.6. Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

## **II.2. Beschreibung**

### **II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)**

45324000 Gipskartonarbeiten

### **II.2.3. Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEB35 Mainz, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: Rheingoldhalle Mainz Rheinstr. 66 55116 Mainz

### **II.2.4. Beschreibung der Beschaffung**

Im Zuge des Umbaus und der Sanierung des Parkhauses Rathaus, Rheinstraße 66, 55116 Mainz plant die Rheingoldhallen GmbH und Co KG, Hechtsheimer Straße 37, 55131 Mainz, im Bereich der

Durchfahrt zwischen Rheingoldhalle und Parkhaus die Herstellung einer neuen Unterdecke in Trockenbauweise mit einer rohbaubegleitenden Gebäudedämmung. Die Beplankung der Decke erfolgt mit Faserzementplatten. Die Bauleistungen werden in mehreren Bauabschnitten ausgeführt. Diese Beschaffung beinhaltet die Ausführung von Trockenbauarbeiten. Im Bereich unter dem Gutenbergsaal der Rheingoldhalle befindet sich zwischen der Tiefgarage und der Rheingoldhalle eine Durchfahrt. Hier soll eine Abhangdecke ohne Brandschutzanforderung errichtet werden. Die Decke wird mit Faserzementplatten beplankt. Die Beschaffung beinhaltet auch die Aufstellung einer prüffähigen Statik für die Decke.

Die Arbeiten finden im überdachten Bereich der Durchfahrt statt. Die Rheingoldhalle und das Parkhaus Rathaus befindet sich in

Mainz direkt neben der Rheingoldhalle. Die Zufahrt erfolgt über die Rheinstraße. Erbaut wurde das Parkhaus Ende der 60-iger

Jahre in Massivbau aus Stahlbeton. Oberhalb der Durchfahrt

befindet sich die Rheingoldhalle mit dem sogenannten Gutenbergsaal. Die Rheingoldhalle wurde im Jahre 2005-2006

durch den Anbau des Gutenbergsaales erweitert. Die Bodenplatte der Rheingoldhalle, sogleich auch Decke der Durchfahrt, wurde in Massivbau aus Stahlbeton mit Unterzügen hergestellt. Im Zuge der Herstellung der Unterdecke erfolgen Bauleistungen mehrerer

Gewerke. Eine Abstimmung und Koordinierung des Bauablaufes zwischen den Auftragnehmern ist erforderlich. Die zulässige Gesamtlast der Parkebenen Ebene 1-3 und Rampenflächen beträgt 350 kg/m<sup>2</sup>. Die Unterdecke im Durchfahrtsbereich ist in mehreren Teilabschnitten herzustellen, da die Durchfahrtsmöglichkeit für die Feuerwehr und Lieferanten zu jedem Zeitpunkt gegeben sein muß.

Im Bereich der Zu- und Abfahrten zu den einzelnen Parkebenen wird bauseits ein Raumgerüst errichtet. Für die Bearbeitung der anderen Abschnitte sind fahrbare Rollgerüste ausgeschrieben. Diese Gerüste sind vom Auftragnehmer zu liefern, vorzuhalten und zu unterhalten.

Ausführungszeitraum der Trockenbauarbeiten:

Ausführung ab 04.12.2023

Fertigstellung der kompletten Leistung: 30.04.2024

#### **II.2.5. Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Preis

#### **II.2.6. Geschätzter Wert**

#### **II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 04/12/2023 Ende: 30/04/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

nein.

#### **II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

#### **II.2.11. Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

nein.

#### **II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: ja

Projektnummer oder -referenz: nein.

#### **II.2.14. Zusätzliche Angaben**

### **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

---

#### **III.1. Teilnahmebedingungen**

##### **III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Eintragung in einem Berufs- und Handelsregister des Staates, in dem das Unternehmen niedergelassen ist, der nicht älter als 3 Monate zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist sein darf.

##### **III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis ihrer Eignung mit dem Angebot den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer Mitgliedstaaten schriftlich nachzuweisen. Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis ihrer Eignung mit dem Angebot entweder die ausgefüllte "Eigenerklärung zur Eignung" (siehe Formblatt in den Vergabeunterlagen) oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle durch Vorlage der in der "Eigenerklärung zur Eignung" genannten Bescheinigungen zuständigen Stellen zu bestätigen. Dies können insbesondere folgende Nachweise sein:

- eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen,
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug, Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer,
- eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG oder
- eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen.

### **III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis ihrer Eignung mit dem Angebot den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer Mitgliedstaaten schriftlich nachzuweisen. Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis ihrer Eignung mit dem Angebot entweder die ausgefüllte "Eigenerklärung zur Eignung" (siehe Formblatt in den Vergabeunterlagen) oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmern sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle durch Vorlage der in der "Eigenerklärung zur Eignung" genannten Bescheinigungen zuständigen Stellen zu bestätigen. Die Bieter haben mit ihrem Angebot zusätzlich folgende Nachweise und Unterlagen vorzulegen:

- Nachweis über 3 vergleichbare Projekte innerhalb der letzten 5 Jahre

## Abschnitt IV: Verfahren

---

### IV.1. Beschreibung

#### IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

#### IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

#### IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

### IV.2. Verwaltungsangaben

#### IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 08/08/2023 Ortszeit: 12:00

#### IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

#### IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

#### IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 02/10/2023

#### IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 08/08/2023 Ortszeit: 12:00

## Abschnitt VI: Weitere Angaben

---

### VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: ja

Voraussichtlicher Zeitpunkt weiterer Bekanntmachungen:

Nein.

### VI.3. Zusätzliche Angaben

Fehlen geforderte Nachweise oder Erklärungen, verlangt die Vergabestelle die fehlenden Nachweise oder Erklärungen nach. Diese sind innerhalb einer angemessenen Frist nach Aufforderung durch die Vergabestelle vorzulegen. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Aufforderung durch die Vergabestelle.

Bei Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Bekanntmachungs-ID: CXP4Y496GLY

### VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

#### VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz

Postanschrift: Stiftstr. 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer.rlp@mwwlvw.rlp.de](mailto:vergabekammer.rlp@mwwlvw.rlp.de)

Telefon: +49 6131622-34

Fax: +49 6131622-13

#### **VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer richtet sich unter anderem nach der Regelung des § 160 GWB. Gemäß § 160 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Gemäß § 160 Abs. 2 GWB ist antragsbefugt jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

#### **VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung**

28/06/2023